

10.41

**Bundesrat Ing. Andreas Pum** (ÖVP, Niederösterreich): Geschätzte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft! Werte Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat! Liebe Damen und Herren vor den Fernsehgeräten! Dem Klimaschutzabkommen geht eine enorme Entwicklung voraus, die wir, betrachten wir das letzte Jahrhundert, seit dem 20. Jahrhundert selbst erfahren durften. Es erfolgte ein technischer Aufschwung, der im letzten Jahrhundert eine enorme Geschwindigkeit bei der Entwicklung verursacht hat. Das führte zu einer enormen Entwicklung, wie es sie in den Zeiten davor noch nie gegeben hat, und all das, weil Kohle, Erdgas und Erdöl ganz einfach eine Energieform mit sich brachten, die viele Entwicklungsmöglichkeiten eröffnete, billige Energie, die letztlich zu einem enormen Innovationsschub führte.

Mit dem heutigen Tag wollen wir jedoch eine Trendwende einleiten. Es ist ein historischer Tag, den wir heute begehen dürfen, ein Tag, an dem die Energiewende, die schon eingeleitet wurde, auch politisch beschlossen wird.

Der Begriff Energiewende ist eigentlich ein Schlagwort aus vergangener Zeit, das heute aber sehr klar ausdrückt: Weg von den fossilen hin zu alternativen Energieträgern! Diese Zielsetzung – umzusetzen bis ins Jahr 2050 – bedeutet eine enorme Entwicklung, die da vor uns liegt, und nicht zuletzt einen Schritt in die Zukunft, der vieles verändern wird.

Warum wird sie vieles verändern? – Weil es ganz einfach heißt: Weg von den Gewohnheiten, weg von den alltäglichen Errungenschaften hin zu neuen Technologien, hin zu Entwicklungen, die ganz einfach auch bedeuten, eine Klimaveränderung zu verhindern beziehungsweise einzubremsen, und zwar nicht nur national, sondern auch global gesehen, denn weltweit sind es 196 Staaten, die dieses Übereinkommen ratifizieren sollen, womit auch sehr klar aufgezeigt wird, dass diese Entwicklung nicht vor Landesgrenzen haltmacht, sondern dass die entsprechenden Maßnahmen vielmehr auch global gesehen und weltweit umgesetzt werden müssen.

Ich glaube, ich brauche nicht zu erwähnen, was sich gerade wieder in den vergangenen Tagen allein hier in Österreich, etwa in meiner eigenen Heimatstadt, abgespielt hat. Verschiedenste Meldungen über Katastrophen wie Starkregenereignisse oder Murenabgänge, die immer neue Höhepunkte erreicht haben, haben sich überschlagen, und dies zeigt ganz einfach: Die Veränderung findet statt, und wir müssen diese Klimaveränderung einbremsen und nicht zuletzt auch neue Möglichkeiten und Alternativen finden.

Wir befinden uns in einem Spannungsfeld zwischen Umweltschutz und Wirtschaftsentwicklung, das ist kein Geheimnis, und wir spüren das vor allem dann, wenn es darum geht, auch all die politischen Referenzen, all das, was an Zielsetzungen auf dem Tisch liegt, in die Praxis umzusetzen. Dann merken wir, dass es da Ängste gibt, dass es immer wieder Widerstände und oftmals natürlich auch ganz einfach andere Interessen gibt, weshalb es nicht so einfach sein wird, neue Ziele umzusetzen.

Damit meine ich vor allem ein sehr klares und einfach formuliertes Ziel, nämlich die Erderwärmung in den nächsten Jahren auf unter 2 Grad Celsius zu halten oder sogar auf unter 1,5 Grad Celsius bei vorindustriellem Niveau einzubremsen.

Aber wir reden da nicht nur von der Erderwärmung, wir reden auch von zusätzlichen Zielen und Maßnahmen, die gesetzt werden müssen, um dem Klimawandel Paroli bieten zu können. Es gibt Investitionen, vor allem in Umweltmaßnahmen, und nicht zuletzt ein ganz klares Bekenntnis zur Produktion von Energie aus erneuerbaren Stoffen, und zwar zu 100 Prozent. Das ist leicht gesagt, aber dieses Ziel ist nicht einfach umzusetzen. 100 Prozent Energie aus erneuerbaren Energieträgern, wie wir sie gratis vor unserer Haustüre finden – Sonnenenergie, Windenergie und Wasserkraft, auch Biomasse und vieles andere –, das eröffnet letztlich Entwicklungsmöglichkeiten, die viele neue Chancen in sich bergen.

Die Gefahren und die Schwachstellen werden uns aber immer wieder aufgezeigt. Wir wissen heute – und das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen –, dass Naturgesetze nicht außer Kraft gesetzt werden können. Wir müssen Kreisläufe wahren und dürfen auch den immer wiederkehrenden Blick auf Auswirkungen nicht scheuen. Was meine ich damit? – Diese Entwicklung, zum Beispiel der Wetterkapriolen, die wir leider Gottes gerade sehr intensiv erleben, haben wir zum Teil selbst verursacht.

Der Regenwald wird abgeholzt, damit die Palmölproduktion angeheizt werden kann, sodass man letztlich mit Produkten wirtschaftlich konkurrenzfähig sein kann und vor allem auf Märkten mit viel Kaufkraft bestehen kann, wo Wohlstand herrscht. Und in Brasilien beherrscht der Sojaanbau mittlerweile weite Flächen des Landes. Dies zeigt sehr klar, dass diese Länder mit ihren Exporten zwar wirtschaftlich konkurrenzfähig sind, aber in umweltpolitischer Hinsicht enormen Schaden verursachen.

Gewinnmaximierung kontra Sozialpolitik, so könnte da wohl das Schlagwort lauten, und leider Gottes spiegelt das auch die Realität wider. Letztendlich sind das Konzerngewinne auf Kosten sozialer Armut. Wir importieren Wohlstand und schaffen damit in Ländern Armut, die nicht vor unserer Haustüre liegen und unsere Gefühle

daher nur entfernt berühren. Was nicht sichtbar wird, ist oftmals auch nicht spürbar; Beispiele dafür gibt es zur Genüge.

Wenn dieses Klimaschutzabkommen, um das es heute geht und das historisch ist, viele Bereiche modifiziert, dann müssen wir aber auch kritisch anmerken: Wo bleibt die Schifffahrt? Wo bleibt der Flugverkehr? – Diese sind nämlich in diesem Übereinkommen ausgenommen, und das zeigt wiederum: Da gibt es offensichtlich Interessen, die vielleicht anderen Entwicklungen Raum geben. Klimaschutz darf aber keinesfalls Ausnahmen kennen und muss alle inkludieren.

Klimaschutz kann nur durch ein Miteinander aller Bereiche erreicht werden, und ein solches Miteinander lebt Österreich sehr stark vor. Enorm viele Positivbeispiele zeigen, dass wir in Sachen Umweltschutz und Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernommen haben und auch viele innovative, neue Ideen umgesetzt haben: Fotovoltaik, Windkraft, all das, was bei uns ja mittlerweile auch im privaten Bereich viele umgesetzt haben. Es gilt ganz einfach, im alltäglichen Leben das Bewusstsein dafür zu schaffen.

Eines ist auch immer wieder zu betonen: Letztlich ist es die Regionalität, die in den Mittelpunkt gestellt werden muss. Wir müssen erkennen, wo unsere Schwerpunkte vor Ort liegen, und damit auch immer wieder unsere Möglichkeiten in der Region ausschöpfen, denn Klimawandel verursacht Migration – Migration von Tieren, von Pflanzen, aber vor allem auch von Völkern. All das müssen wir mittlerweile leider auch sehr stark in rezenten Entwicklungen erleben.

Wir müssen also gemeinsam mit einer Veränderung der Klimaschutzpolitik auch eine Veränderung der Sozialpolitik diskutieren.

Der große Erfolg liegt natürlich im innerstaatlichen Bereich. Das Klimaabkommen ist global zu sehen, aber letztendlich sind die Erfolge nur national zu erreichen.

Industriestaaten wie China oder die USA sind maßgeblich daran beteiligt und müssen auch Maßnahmen setzen. Allein China produziert absolut gesehen doppelt so viel CO<sub>2</sub> wie die USA und verursacht 40 Prozent des Ausstoßes von Treibhausgas.

Die Probleme sind bekannt. Über 2 000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zeigen immer wieder sehr spektakulär und auch sehr intensiv auf, dass da gehandelt werden muss, und das heißt ganz einfach, neue Chancen in der Energieproduktion zu nutzen und – ich sage das auch dazu – das Nein zur Atomkraft immer wieder deutlich zu forcieren.

Eine Enquete hier im Haus hat dieses Bekenntnis über die Parteien hinweg sehr klar dokumentiert, hat aber auch aufgezeigt, in welchem Spannungsfeld zur Industrie wir mitunter stehen, die natürlich mit Ängsten arbeitet und immer wieder die Frage der

Energieversorgung und vor allem der Möglichkeit zur vollen Energieversorgung in den Raum stellt. Ich denke aber, Wettbewerbsfähigkeit ist viel stärker gegeben, wenn wir weiterhin diesen Weg beschreiten, Wertschöpfung in den Regionen schaffen, Geld, das wir im eigenen Land investieren können, auch hier verdienen und damit sehr deutlich einer Klimaschutzpolitik Raum geben, die wir einfach unserer nächsten Generation, unseren Kindern schuldig sind.

Wenn derzeit jährlich eine Fläche in der Größe von Deutschland durch verschiedenste Entwicklungen, sei es durch Dürre, durch Katastrophen oder durch Verbauung, verloren geht, dann wissen wir, dass da Handlungsbedarf gegeben ist und keine Minute mehr verstreichen darf.

Die Ratifizierung dieses Übereinkommens, geschätzter Herr Minister, ist ein Meilenstein unserer Politik und auch ein Meilenstein für zukünftige Entwicklungen. Das Motto kann nur sein: Global denken, lokal handeln! Wir stehen mit unserer Politik sehr klar für dieses Motto und sagen auch Ja zu dieser Umweltschutzpolitik. – Danke.

*(Beifall bei ÖVP und SPÖ sowie bei Bundesräten der Grünen.)*

10.52

**Vizepräsidentin Ingrid Winkler:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Novak. Ich erteile ihm dieses.